

06. November 2007

# medien heft

---

## Journalismus als Steigbügelhalter für Rassismus?

### Über die ethische Verantwortung von Medienschaffenden

Dominik Meier

Medienschaffende haben grossen Einfluss darauf, wie eine Gesellschaft sich und die "Anderen" sieht. Allerdings nehmen die Medienschaffenden diese Verantwortung ungenügend wahr, so die Kernaussage des Sammelbands "Massenmedien, Migration und Integration". Die These: Journalistinnen und Journalisten skandalisieren und diffamieren Zuwanderer und tragen zur Ethnisierung sozialer Konflikte bei.

Im Kleinen wie im Grossen: Medienschaffende bedienen sich bei der Berichterstattung über Konflikte, Migration und Integration häufig eines gängigen Deutungsmusters – des "Kampfes der Kulturen". So lautet der Tenor der elf Artikel im Sammelband "Massenmedien, Migration und Integration". Die Autorinnen und Autoren stützen sich auf Analysen der deutschen Presse. Dabei stossen sie immer wieder auf die Denkschablone des "Kulturkampfes". Das Fazit der Herausgeber: Medienschaffende greifen allzu leichtfertig zu diesem Deutungsmuster, das soziale und wirtschaftliche Konflikte erklären soll und mit Deutungsmustern aus der Ära des Kalten Krieges vergleichbar ist (der "Kampf der Kulturen" als Nachfolger des "Kampfes der Ideologien"). Zu diesem Schema wollen die Herausgeber Alternativen aufzeigen. Ihr Werk richtet sich deshalb ausdrücklich auch an Medienschaffende. Diese sollten sich, so die Herausgeber, ihrer Verantwortung für den sozialen Frieden stärker bewusst werden.

### Wenn Denkschablonen blind machen für die Realität

Der Soziologe **Erol Yildiz** kritisiert in seinem Beitrag, dass Medien in Berichten über Ausländerinnen und Ausländer regelmässig soziale Ungerechtigkeiten in Fremdheit übersetzen. Dabei werden soziale Probleme umgedeutet und eher auf Herkunft und Ethnizität der Beteiligten als zum Beispiel auf sozioökonomische Faktoren zurückgeführt. Dies kann rassistische Tendenzen verstärken. Yildiz kritisiert insbesondere die Berichterstattung über angebliche Parallelgesellschaften von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland. Aus einer Analyse von Artikeln über eine mehrheitlich von Aus-

---

#### Impressum

Medienheft (vormals ZOOM K&M), ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Badenerstrasse 69, Postfach, CH-8026 Zürich

Telefon: +41 44 299 33 11, Fax: +41 44 299 33 91, E-Mail: [redaktion@medienheft.ch](mailto:redaktion@medienheft.ch), Internet: [www.medienheft.ch](http://www.medienheft.ch)

kostenloser Bezug via Internet oder Newsletter: [www.medienheft.ch/mailling\\_abo/](http://www.medienheft.ch/mailling_abo/)

ländern bewohnte Kölner Strasse schliesst er, dass Medienschaffende das Quartier als Ghetto stigmatisieren ohne dessen Alltagsrealität zu kennen. Die Bewohner würden von vorneherein als defizitär dargestellt. Die kosmopolitane Atmosphäre des Quartiers mit all ihren Vorteilen (reges öffentliches Leben, viele kleinere Läden) werde nicht als Realität und Chance anerkannt. In den untersuchten Artikeln werde auch die Tatsache verschwiegen, dass sich die meisten Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers gemäss Umfragen wohl fühlten in ihrer Umgebung. Für Yildiz sind von Ausländern geprägte Viertel keine Parallelgesellschaften oder Ghettos, sondern Teil der kosmopolitanen deutschen Alltagsrealität, die man nicht verneinen dürfe. Diese Realität müsse sich vermehrt in den Medien spiegeln.

Auf semantische Gefahren verweist die Politikwissenschaftlerin **Guđrun Hentges**. Gestützt auf eine Analyse von "Spiegel"-Artikeln zeigt sie, dass Migrantinnen und Migranten in Text und Bild vielfach als "Masse" dargestellt werden, was eine Bedrohung implizieren kann. Flucht-Ursachen und -Hintergründe hingegen werden ihrer Meinung nach nur ungenügend beleuchtet. In einem Artikel über die Einschleppung von Tuberkulose durch Aussiedler aus Russland sieht sie gar Anknüpfungspunkte zur Rhetorik zu Zeiten des Dritten Reichs, weil der Artikel auf "deutsche Ängste und Phantasien über Ansteckung und Krankheit" anspiele. Einen kulturellen Rassismus ortet Hentges in einem "Spiegel"-Beitrag, der die Attraktivität der "Russenmafia" für junge Russlanddeutsche mit deren "fundamentalen Bereitschaft zur Unterordnung" in Verbindung bringt. Hentges untersucht auch "positive" Berichte über Zuwanderer und stellt fest, dass sich diese vornehmlich um Berufsgruppen oder erfolgreiche Persönlichkeiten aus Sport und Politik drehten, die der deutschen Gesellschaft etwas "nützten".

Die Erziehungswissenschaftlerin **Schahrzad Farrokhzad** rückt die Darstellung von Migrantinnen in den Mittelpunkt. Bei der Analyse hauptsächlich von "Spiegel"-Artikeln beschreibt sie typische Muster: Osteuropäerinnen zum Beispiel werden direkt mit Prostitution in Verbindung gebracht, Afrikanerinnen werden klischerend als "leidend mit verhungerten Babys" oder auch als erotisch-sinnlich, wild und unverdorben dargestellt. Kopftuch tragende Türkinen hingegen dienen als Bildsujet häufig der Illustration von angeblichem Islamismus und (mangelnder) Integration. Rassismus und Sexismus würden sich in der Berichterstattung über Migrantinnen regelmässig vereinen, bis hin zur Ethnisierung sexueller Praktiken, schreibt Farrokhzad. Sie plädiert für eine vermehrte Medienpräsenz von Migrantinnen und Migranten und deren Alltagsrealität. Redaktionelle Leitbilder müssten Multikulturalität als selbstverständlichen Bestandteil der Gesellschaft akzeptieren und behandeln. Mit einem Anteil von weniger als einem Prozent seien ethnische Minderheiten in den Redaktionen unterrepräsentiert. Anstelle der Alltagsorgen der Minderheit würden die angeblichen Probleme der Mehrheit mit der Minderheit ins Zentrum gerückt.

### Seit Jahrzehnten wiederkehrende Muster

Der Sprachwissenschaftler **Martin Wengeler** blickt zurück bis in die 1960er-Jahre. Er zeigt auf, dass sich die Argumentationsmuster in der Debatte über Zuwanderung und Integration in den letzten 40 Jahren nur wenig verändert haben. Schon in den 1960er- und 1970er-Jahren argumentierten die einen, Zuwanderung sei nötig, um den Wohlfahrtsstaat zu sichern und die Wirtschaft mit genügend Arbeitskräften zu versorgen. Andere sahen bereits damals die Grenze der "Aufnahmefähigkeit" Deutschlands erreicht. Und während in der aktuellen Debatte vor dem Islamismus in den Reihen der Zuwanderer gewarnt wird, so fürchtete man zu Zeiten des Kalten Krieges, dass die Einwanderer den Kommunismus mit ins Land brächten. Der Blick in den Rückspiegel kann

die aktuelle deutsche (und auch schweizerische) Zuwanderungsdebatte insofern versachlichen, als diese in Bezug auf ihre Einmaligkeit, Dringlichkeit und Brisanz relativiert wird.

Mit Erstaunen blickt der Bonner Staatsanwalt **Sebastian Trautmann** in seinem Beitrag auf die markante Verschärfung der deutschen Gesetzgebung im Bereich Migration und Sicherheit seit 2001 zurück. Die deutsche Gesellschaft habe nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ohne grösseren Protest den Übergang zu einem "proaktiven Sicherheitsstaat" hingenommen und Einschränkungen ihrer Freiheit fraglos akzeptiert. Trautmann sieht die Gründe dafür in der Tatsache, dass sich die meisten neu geschaffenen gesetzlichen Restriktionen gegen "das Fremde", gegen Einwanderer richten. Seit dem 11. September 2001 sei die Thematik Migration verstärkt in Zusammenhang mit Sicherheitsproblemen vermittelt worden. Trautmann vermutet, dass die tatsächliche Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus im Vergleich zu anderen Gefährdungen überschätzt wird. Er zeigt, wie Berichte über angebliche "Schläfer" und andere "tickende Zeitbomben" unter der muslimischen Bevölkerung dazu führen, dass Muslime als Bedrohung für die Sicherheit wahrgenommen werden.

#### Wie können Medienschaffende Gegensteuer geben?

Fremdenfeindlichkeit mit den "eigenen Mitteln" schlagen – dieses Rezept schlägt der Germanist **Bernd Scheffer** in seinem Beitrag vor. Er begreift Fremdenfeindlichkeit als Gefühlsproblem, dem Medienschaffende mit aufklärerischen, hintergründigen und belehrenden Berichten nur ungenügend beikommen könnten. Entsprechende berufsethische Empfehlungen seien im journalistischen Alltag wenig tauglich, weil sie den ökonomischen, personellen und zeitlichen Druck der Medienschaffenden verkannten. Scheffer regt an, das Gefühlsproblem Fremdenfeindlichkeit anzuerkennen – als Folge einer quasi-natürlichen Tendenz der Menschen sich abzugrenzen. Diese Tendenz gelte es auf der emotionalen Ebene mit alternativen Gefühlsbotschaften zu zivilisieren, umzulenken. Scheffer regt zum Beispiel Geschichten über die Verzweiflung von Familien an, denen die Ausschaffung droht, oder Berichte über gelungene Beispiele interkultureller Verständigung. Deren Erfolg sei grösser als derjenige sachlicher Belehrungen und Hintergrundberichte. Ganz wohl ist es Scheffer bei seinen Überlegungen aber nicht: Es sei durchaus "zynisch, etwa das Kindchen-Schema hemmungslos zu propagieren. Denn letztlich sei der Integration auch nicht gedient, wenn Migrantinnen und Migranten immer nur als verletzlich und schutzlos dargestellt würden.

Der Politikwissenschaftler **Christoph Butterwegge** zeigt in einer Tour d'Horizon, wie Medienberichte gesellschaftliche Exklusions-Mechanismen verstärken können. Die Berichterstattung über die Dritte Welt kreierte seiner Ansicht nach häufig den Eindruck einer Rückständigkeit der betroffenen Gesellschaften, statt Hintergründe über die strukturellen Ursachen von Armut und Migration zu liefern. Auch über die Sprache selbst kann Exklusion vonstatten gehen: So lässt sich beobachten, dass sich Medien bei Berichten zum Themenkreis Migration regelmässig einer "Flut-Metaphorik" bedienen, etwa wenn von einem "Flüchtlingsstrom", einer "Migrationswelle" oder einer "Flüchtlingsinvasion" die Rede ist. Solche Metaphern beinhalten etwas Bedrohliches. Migration erscheint dadurch als gefährlich. Einen Exklusions-Mechanismus vermutet Butterwegge auch hinter der Nennung der Herkunft nicht-deutscher Täter oder Tatverdächtiger in der Kriminalberichterstattung. Denn dies erwecke den Eindruck, dass das Unmoralische an der jeweiligen Tat mit der Herkunft der betreffenden Person zusammenhängt. Dabei, so Butterwegge, seien Ausländerinnen und Ausländer nicht krimineller als Deutsche. Butterwegge erhebt Forderungen für die politische Bildung: Jugendliche müssten

in der Medienerziehung gegen rassistische Ressentiments "immunisiert" werden. Im Weiteren sollten Medienschaffende Zugang zu Weiterbildungen über Hintergründe im Themenbereich Migration erhalten. Und schliesslich sollten Migrantinnen und Migranten zu vermehrter Mediennutzung motiviert werden – zum Beispiel durch mehrsprachige Rundfunksendungen.

### Ein wertvoller Fingerzeig mit Vorbehalt

Der Sammelband "Massenmedien, Migration und Integration" wird seinem Anspruch gerecht, Medienschaffenden Denkanstösse zu liefern. Es ist für Journalistinnen und Journalisten lohnenswert, über mögliche Wirkungen wiederkehrender Deutungsmuster nachzudenken. Im Arbeitsalltag haben solche Reflexionen häufig nur am Rande Platz. Die Aufmerksamkeit der Medienschaffenden sollte sich vermehrt auf Begriffe richten, die rasch zur Hand sind, beim Publikum aber unbeabsichtigte Assoziationen und Deutungen auslösen können. Deshalb sind Butterwegges Warnungen, zum Beispiel diejenige vor der "Flut-Metaphorik" im Kontext von Migration, wichtig.

Die Autorinnen und Autoren bringen ihre Befunde und damit auch ihre Kritik an den Medienschaffenden unmissverständlich und teilweise mit einigem missionarischem Pathos auf den Punkt – bisweilen überschreiten sie dabei die Grenze zur Pauschalisierung. Mehrere Analysen der Autorinnen und Autoren stützen sich stark auf den "Spiegel" und das Boulevard-Blatt "Express", wobei es inhaltlich auch zu einigen Überschneidungen zwischen den einzelnen Beiträgen kommt. Rückschlüsse auf die gesamte deutsche Medienberichterstattung sind nicht uneingeschränkt möglich.

Zweifellos leisten die Autorinnen und Autoren aber einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Journalistinnen und Journalisten. Neben diesen Denkanstössen sind auch einige konkrete Anregungen wertvoll, etwa die Forderung, vermehrt *mit* statt *über* Migrantinnen und Migranten zu sprechen und deren Alltagsrealität verstärkt zu thematisieren. Andere Anregungen, wie etwa diejenige von Scheffer, gezielt positive Gefühlsbotschaften im Zusammenhang mit Migration zu verbreiten, sind hingegen mit Vorsicht zu geniessen. Eine solche Praxis würde dem Anspruch, die Alltagsrealität der Migrantinnen und Migranten ausgewogen und objektiv darzustellen, nicht gerecht: Ethnisierende Medienberichte zum Nachteil von Migrantinnen und Migranten kann man nicht bedenkenlos einfach mit tendenziell ebenfalls manipulativen, positiven Berichten "kontern". Dies weiss Scheffer und er beschreibt zum Schluss seines Textes ein Gefühl, das auch den Rezensenten beim Nachdenken über das Gelesene beschleicht: "So soll am Schluss auch eine gewisse Ratlosigkeit des Verfassers nicht verschwiegen werden, aber vielleicht kommt auch damit eine Diskussion über heikle Empfehlungen in Gang."

### Keine einfachen Lösungen für die Kriminalitätsberichterstattung

Besonders heikel sind manche Empfehlungen an die Adresse der Medienschaffenden, wenn es um die Nennung der Nationalität oder der ethnischen Zugehörigkeit in der Berichterstattung über Kriminalität und andere soziale Probleme geht. Die Ethnisierung sozialer Konflikte und Problemstellungen ist ein häufig zu beobachtendes Phänomen – auch in der Schweizer Medienlandschaft. Konflikte und Probleme werden anhand der ethnischen Herkunft beteiligter oder betroffener Personen zu erklären versucht. Die Medienschaffenden steuern diese Entwicklung allerdings nicht alleine: Mindestens gleich gross ist der Einfluss von Politik und Verwaltung. Journalistinnen und Journalisten bearbeiten deren Medienmitteilungen, die häufig eine ethnisierende Sicht auf Vor-

fälle und Tatbestände offerieren. Dies ist insbesondere bei polizeilichen Communiqués regelmässig der Fall. Manche Polizeikorps deklarieren die Nationalität von Tätern oder Tatverdächtigen ausnahmslos. Dies birgt die Gefahr, dass insbesondere Online- und Gratismedien, welche einem besonders starken Produktionsdruck ausgesetzt sind, beim Redigieren davon absehen, die Nennung von Nationalitäten zu streichen. Die Medienschaffenden laufen damit Gefahr, dem Publikum auch unbewusst ethnische und kaum reflektierte Deutungsmuster weiterzugeben.

Politikerinnen und Politiker im rechten Spektrum haben es sich sogar zum Ziel gemacht, die Behörden zu einer konsequenten Nennung von Nationalitäten zu verpflichten. Etwa im Kanton Solothurn, wo die SVP zurzeit Unterschriften sammelt für eine entsprechende kantonale Volksinitiative. In der Bundesversammlung sind ähnliche Vorstösse hängig: Ein CVP-Nationalrat verlangt, dass der Bund in Statistiken über Kriminalität und Sozialversicherungen frisch Eingebürgerte in einer separaten Kategorie erfasst. Ein SVP-Nationalrat setzt sich mit einer Motion dafür ein, dass die Täter in der "Polizeilichen Kriminalstatistik der Schweiz" nicht nur nach Schweizern und Ausländern, sondern auch nach Nationalität und Datum einer allfälligen Einbürgerung unterschieden werden.

Es lässt sich andererseits aber auch darüber streiten, ob Butterwegge Recht hat, wenn er dazu rät, auf die Nennung der Nationalität in der Kriminalberichterstattung generell zu verzichten, weil damit das Unmoralische an der jeweiligen Tat mit der Herkunft der betreffenden Personen verknüpft werde. Dies muss natürlich unbedingt vermieden werden, zum Beispiel mit einer einordnenden und differenzierenden Begleitberichterstattung zum Themenbereich Kriminalität. Ein apodiktisches "Verbot" der Nennung von Nationalitäten könnte sich aber geradezu kontraproduktiv auswirken: Beim Publikum könnte der Eindruck entstehen, dass die Medienschaffenden eine überdurchschnittliche Delinquenz von Ausländerinnen und Ausländern, beziehungsweise bestimmter ethnischer Gruppen, absichtlich verschweigen und somit die öffentliche Meinung zu manipulieren suchen. Solche Vorwürfe finden sich regelmässig in Leserbriefen und sie werden auch von Politikerinnen und Politikern erhoben.

In nicht wenigen Redaktionen wird die Nennung von Nationalitäten uneinheitlich gehandhabt. Der Schweizer Presserat verzichtet darauf, von der Nennung ethnischer Zugehörigkeiten generell abzuraten. In seiner Richtlinie 8.2 zur Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten erklärt er Angaben über die ethnische Zugehörigkeit von Akteuren in der Kriminalberichterstattung als zulässig, "sofern sie für das Verständnis notwendig sind". Die Nennung der Nationalität dürfe nicht diskriminierend sein. In der Richtlinie wird auch die Möglichkeit erwähnt, die Nationalität systematisch zu erwähnen, also auch bei schweizerischen Staatsangehörigen. Der Presserat gesteht den Medienschaffenden einen beträchtlichen Spielraum zu. Insbesondere Nachrichtenjournalistinnen und -journalisten müssten somit geradezu im Stundentakt eigenständige ethische Entscheidungen treffen. Die Verantwortung der Medienschaffenden ist beträchtlich.

lic. phil. Dominik Meier ist Redaktor bei Schweizer Radio DRS

Butterwegge, Christoph/ Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2006): Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. [262 Seiten, ISBN: 3-531-35047-1]

Der Text befindet sich im Internet unter:

[http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k07\\_MeierDominik.html](http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k07_MeierDominik.html)